

Volksmacht

für Schlessen · Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volksmacht“, Neue Graupenstraße 5; Matthiasstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,32 Rmt. + 5 Pf. Trägerlohn = 0,43 Rmt., monatlich 1,55 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn = 1,90 Rmt. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,26 Rmt.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen 14 Pf. auswärts 12 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellensuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen: 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das feste Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38. Postfachkonto: Breslau 38 52. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Mittwoch, den 20. April 1932

Nr. 92

KPD. verlangt Reichsbanner-Auflösung

Natürlich Arm in Arm mit den Nazis

Karlsruhe, 19. April. (Eigener Drahtbericht.)

Im Badischen Landtag haben die Kommunisten am Montag folgenden Antrag eingebracht: „Der Landtag wolle beschließen: Die Regierung wird beauftragt, die parteipolitischen Selbstorganisationsformationen, wie Reichsbanner einschließlich Unterorganisationsformationen, Eiserner Front, Badenwacht, Stahlhelm, Werwolf usw. im Bereich des Landes Baden sofort zu verbieten, da deren Tätigkeit ausschließlich der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung diene und sich dadurch gegen die Interessen der werktätigen Massen richte.“

Dieser Antrag stimmt im Wortlaut ziemlich überein mit einem Antrag der Nationalsozialisten, die natürlich auch die Auflösung des Reichsbanners fordern. Er enthüllt deutlicher als die letzten Wahlergebnisse das Zusammenspiel der Nationalsozialisten und Kommunisten.

KPD. weicht vor der Entrüstung der Arbeiter zurück

Die Kommunistische Partei erklärt eine Erklärung, in der sie den Antrag ihrer badischen Landtagsfraktion, das Reichsbanner und die Eiserner Front nicht zu verbieten, als „einen der ernstesten politischen Fehler“ bezeichnet. Der Schritt der kommunistischen Fraktion im Badischen Landtag sei ohne vorherige Kenntnis und Zustimmung der

Bezirksleitung Baden-Pfalz erfolgt. Die Sozialdemokratie verurteilt, aus dem Antrag einen „Wahlklager“ zu machen. Die Erklärung ender deshalb mit der üblichen Schimpferei auf die Sozialdemokratische Partei.

Es ist also festzustellen, daß die KPD. angesichts der ungeheuren Entrüstung der Arbeiterschaft über den Antrag sehr rasch einen Rückzug angetreten hat. An der schmerzigen Heiserrolle, die sie gegenüber dem Faschismus spielt, wird dadurch nichts geändert.

Sachsens Regierung Arm in Arm mit KPD. und Nazis

Dresden, 19. April. (Eigener Drahtbericht.)

Der sächsische Ministerpräsident hat an die Reichsregierung einen Brief gerichtet, in dem er mit dürren Worten das Verbot des Reichsbanners fordert, indem er das Reichsministerium des Innern ersucht, Feststellungen darüber zu treffen, ob ähnliche Voraussetzungen wie für das Verbot der SA-Formationen auch für Wehrformationen anderer politischer Parteien vorliegen.

Dieser Schritt des Kabinetts Schied dürfte nicht ohne politische Folgen bleiben.

Minister der sächsischen Regierung haben auch die Regierungen von Thüringen, Braunschweig und Mecklenburg-Schwerin bei der Reichsregierung den Antrag auf Auflösung des Reichsbanners im ganzen Reich gestellt.

Abrechnung mit der SA.

Von Ernst Hamburger, M. D. L.

In meinem vorigen Artikel zur Preußenwahl war die SA, nicht erwähnt. Ich konnte in meinem Aufsatz, der für die ganze preußische Presse bestimmt war, nicht von einer Partei sprechen, die außerhalb Breslaus keine politische Bedeutung, sondern wegen der Seltenheit ihrer Anhänger nur Museumswert hat. Die SA, die sich bekanntlich als „Dolmetscherin der Massen“ ausgibt, hegt lediglich auf Grund ihres Breslauer Anhangs die Hoffnung, in den Preussischen Landtag mit — ganzen zwei Mandaten einzumarschieren. Welche Siegeszuversicht, welche jugendlich revolutionärer Schwung! Für den Fall, daß auch das schief geht, hat man sich die Ausrede ausgedacht, daß es nicht auf Mandate ankäme, sondern nur auf die Mobilisierung der Massen. Wer aber daran verzweifelt, auch nur 50 000 Stimmen in einem Wahlkreisverband zusammen zu bekommen, der hat mit den Massen etwa soviel Zusammenhang wie Herr Winter von der Partei der rot gestempelten Taufender.

Mit Recht bezeichnet Trozki den Faschismus als das Mittel zur Vernichtung nicht nur der bürgerlichen, sondern auch der Nähe zur proletarischen Demokratie. Das einzige Kampziel des Faschismus bestehe in der Zerstörung der Organisationen, die sich das Proletariat in Partei und Gewerkschaften, in den Genossenschaften, in den Kultur- und Sportverbänden geschaffen hat. Das deutsche Bürgertum erschlägt aus Furcht vor der anbrechenden sozialistischen Welt seine alten Parteien außer dem Zentrum und eint sich im Nationalsozialismus in der Absicht, durch Errichtung der faschistischen Vorherrschaft in Preußen der Arbeiterklasse die Waffen für ihren Freiheitskampf aus der Hand zu schlagen, ihre Freiheiten und sozialen Rechte zu vernichten und sie für Jahrzehnte zu knebeln.

Nur durch Erhaltung der Kraft und Macht seiner stärksten politischen Organisation, der Sozialdemokratischen Partei wird das Proletariat den Anschlag des Faschismus auf die Arbeiterklasse verhindern. Jeder stelle sich einmal die für die Politik der jüngsten Tage bezeichnenden Tatsachen gegenüber.

Mehrere Hunderttausende von Kommunisten wählen im zweiten Wahlgang Adolf Hitler und zwar wie die Kommunistenpresse erklärt: „aus grimmigem Haß“, aus „revolutionärer Ungebuld“. Die kommunistische Methode der „Belämpfung“ des Faschismus führt zwangsläufig zu seiner offenen Unterstützung. „Ich habe Hitler, darum wähle ich ihn; ich will die Revolution, daher führe ich den Faschismus herbei“: das ist die Wirkung der kommunistischen Wahnsinnstaktik auf ihre Wähler-schaft.

Die Sozialdemokratie führt durch zielbewusste parlamentarische und außerparlamentarische Politik, gipfelnd in der Fälschung, Aufstellung und Mobilisierung der Massen in der Eisernen Front und durch ihren Einfluß im Preussischen Staatsapparat unter Leitung Otto Brauns und Karl Severings die schwerste Niederlage des Faschismus herbei: selbst die Reichsregierung kann sich der Notwendigkeit nicht mehr entziehen, die Privatarmee Adolf Hitlers, die SA. und SS. aufzulösen.

In dieser Periode stürmischer Auseinandersetzungen zwischen Demokratie und Faschismus, in der die Aktion das Gebot der Stunde ist, diskutiert die SA. den „wahren“ Marxismus — und jeder versteht etwas anderes darunter. Ihr Parteitag setzte das Preußenreferat von der Tagesordnung ab — es war uninteressant im Verhältnis zu der Entscheidung der Frage, ob Zwingli, Sternberg oder Levj Lenin richtiger verstanden hatten. Jeder Arbeiter weiß, daß die Preußenwahlen die Entscheidung zwischen Braun und Hitler bringen, daß Seydewitz mit seinem Diskutierklub völlig nebensächlich ist und daß, wer den Faschismus schlagen will, Braun und Severing wählen muß.

Der Seydewitzgruppe aber ist der Kampf gegen den Faschismus unwichtig, sie hat die Kühnheit, die wichtigste Aufgabe, die dem Proletariat gegenwärtig gestellt ist, als eine Kulisse zu bezeichnen.

Hinter der die Sozialdemokratie ihre Unfähigkeit verberge, sie entblödet sich nicht, uns in den Rücken zu fallen, uns um einige Zehntausend Stimmen zu schwächen und damit die Chancen Hitlers gegen Braun zu verheßern.

Vollkommene Zerfahrenheit ist das Merkmal der SA. Die 7 Reichstagsabgeordneten, die die SA. verließen, heißen heute vier Gruppen dar. Oettinghaus ging zur KPD, Ströbel verband sich mit der SPD, die Stiemlen, Portune und Ziegler erklärten die Unabhängigkeit der SA. als für sie nicht bindend. Im Grunde ist das heißt in dem, was politisch am wichtigsten ist, von ihnen getrennt sind die „Führer“ Seydewitz und Rosen.

Schwedens Kommunisten von Kreuger bestochen

Ein Direktor Kreugers gesteht es der Polizei offiziell ein Schwedens Kommunistenblatt erhielt 750 000 Mark

Das schwedische Kommunistenorgan „Sollat Dagbladet“ war von Ivar Kreuger bestochen worden. Es hat 155 000 schwedische Kronen erhalten (= 150 000 Mark), 200 000 schwedische Kronen hatte Kreuger für diesen Zweck bereitgestellt. Einer der Direktoren Kreugers hat die Tatsachen vor der Polizei gestanden. Er hat angegeben, daß es sich um eine Bestechungsumme gehandelt, daß man niemals mit einer Rückzahlung gerechnet habe.

Das kommunistische Parteiorgan Schwedens ist also vom größten Kapitalisten des Landes, der zugleich ein Betrüger und Fälscher war, gekauft worden! Heute noch erzählt die deutsche kommunistische Presse, Ivar Kreuger sei einer der schlimmsten Feinde Sowjetrußlands gewesen, dessen einzige Sehnsucht darin bestanden habe, einen Interventionskrieg gegen Sowjetrußland zu entfesseln. Von dem Mann, dessen Bild von den Kommunisten nach seinem Tode so gezeichnet wird, hat ein kommunistisches Hauptorgan Bestechungsgelder genommen!

Man muß den Vorgang auf deutsche Verhältnisse übertragen, um die politische Verkommenheit der Kommunisten zu verstehen. Man nehme an, die Kote „Kahne“ sei von Lahusen mit einer halben Million Mark bestochen worden — dann bekommt man den richtigen Eindruck, was diese Enthüllung über das schwedische Kommunistenorgan bedeutet!

Aber warum hat Kreuger die Kommunisten gekauft? Daß er auf solchem Wege Einflußmöglichkeiten und Einbringungsmöglichkeiten geschäftlicher Art in die Sowjetunion habe vorbereiten wollen, ist kaum anzunehmen. Viel näher liegt es, anzunehmen, daß dieser gerissenste und talblütigste aus der kapitalistischen Schieberwelt sich vollständig im Klaren war über die Rolle, die die Kommunisten heute spielen! Vielleicht hat Kreuger gedacht wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, als sie über die Kommunisten schrieb:

„Was die Kommunisten selbst betrifft, so haben sie in dem Namen Kreuger für das staatspolitische Leben eine nützliche Funktion. Die Kommunisten müssen verhindern, daß die Sozialdemokratie übermächtig wird, sie sind für den kapitalistischen Staat so lange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfeil im Pfeil der Sozialdemokratie wirken.“

Warum sollte ein Kreuger ein so wertvolles Werkzeug für den kapitalistischen Staat nicht mit 200 000 Schwedenkronen kauft werden?

Diese Schande nimmt den Kommunisten niemand ab! Eins ihrer Hauptorgane bestochen vom Großkapital, durch und durch korumpiert, ein Reptil Ivar Kreugers,

sein Wunder, daß sie sich in allen Tonarten ausschweigen und sich bemühen, ihren Anhängern die Tatsache selbst zu verschweigen, wie die ungeheure Erregung gegen die Kommunisten, die die schwedische Arbeiterklasse ergriffen hat!

Man muß es darum jedem Arbeiter, der zu den Kommunisten hält oder schwankt, erzählen! Man muß diesen

Gipfel der Korruption, diesen schändlichsten Verrat, aufzeigen. Hier ist wirklicher Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft, Verrat am Sozialismus geschehen.

Hier sind Verräter, die das Geld eines Großkapitalisten genommen haben, die sich haben kaufen lassen, und diese Verräter — sind Kommunisten!

Die Empörung darüber darf nicht auf Schweden beschränkt bleiben! Sie muß auch die deutschen Arbeiter erregen, damit endlich Abrechnung gehalten wird mit der Partei des Verrats, der KPD.!

Hessen mit SA. Verbot einverstanden

Darmstadt, 19. April. (Eigener Drahtbericht.)

Der hessische Landtag lehnte am Dienstag gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten die Anträge auf Auflösung des Hessens-Parlaments ab. Der nationalsozialistische Antrag, auf die Reichsregierung durch die hessische Regierung dahin wirken zu lassen, daß das Verbot der SA. und SS. aufgehoben oder das Reichsbanner ebenfalls verboten wird bzw. das Vorgehen der Polizei bei der Auflösung der SA. und SS. zu mißbilligen, wurde abgelehnt. Die Kommunisten stimmten ebenfalls gegen diesen Antrag.

Der Abstimmung ging eine fünfstündige kürzliche Debatte voraus, in der Innenminister Reichner zahlreiche Dokumente der Privatarmee Hitlers bekanntgab, die bei Haus-suchungen in Hessen gefunden worden sind. Die Dokumente erharteten, daß auch wie die militärischen Formationen der nationalsozialistischen Bewegung als Sports, Fechtclubs usw. getarnt auch nach dem Verbot weiter bestehen sollen.

Breslauer Nachrichten

Jeder ist Wahlredner

Disputiere im Betrieb, an der Stempelstelle, beim Einkauf, im Gespräch mit Bekannten und Fremden. Hier das notwendige Material.

Brechen und die weltliche Schule

Die weltlichen Schulen sind als Sammelschulen von Brechen erstmalig 1820 eingerichtet worden. Nach dem Sturz am 1. Mai 1927 gab es 249 weltliche Schulen mit etwa 2300 Klassen. Beispielsweise wurden die Schulen von 19 700 evangelischen Kindern, 4 000 katholischen Kindern, 150 jüdischen Kindern, 53 250 konfessionsfreien Kindern.

Die 77 000 Kinder der weltlichen Schulen waren eingeschult in fünf einstufigen, 18 zweistufigen, 16 dreist., 15 vierst., 27 fünf-, 22 sechs-, 58 sieben- und 87 achtklassigen Schulen.

Unterrichtet wurden die Kinder von 1957 evangelischen Lehrkräften, 286 katholischen, 7 jüdischen, 9 sonstigen und 407 konfessionsfreien, insgesamt 2664 Lehrkräften.

Außer den konfessionsfreien Schülern nahmen 1927 nicht am Religionsunterricht teil 30 500 evangelische und 5500 katholische Schüler.

Am 1. September 1930 bestanden in Brechen 270 weltliche Schulen mit 2426 Klassen. Die 90 451 Kinder der weltlichen Schulen wurden von 2464 Lehrkräften unterrichtet.

Die Gegner der weltlichen Schule

Die Evangelischen sagen:

„Jeder Konfession die Schule, die sie für sich in Anspruch nimmt.“ „Der wahre konfessionelle Friede kann nach meiner festen Überzeugung nicht aus einer Säkularisation, in der das Kind hin und her gerissen wird in der Erziehung, in der widersprüchlich einmal das eine oder andere vorzuziehen ist, entstehen. Der wahre konfessionelle Friede wird am besten dadurch gefördert, daß wir jeder Konfession die Schule geben, die sie für sich in Anspruch nimmt.“ (Hbg. Ziegenschneider, 25. Landtagsagung, 19. April 1929.)

Das Zentrum

kämpft die weltliche Schule, doch wer sie wünscht, der soll sie haben!

„Wenn wir den Kampf mit den äußeren Machtmitteln des Staates gegen das Schulgesetz und die Erziehungsansprüche des Sozialismus, wenn wir die Abwehrmaßnahme über das Zentrum und dieser Ziele mit konfessionellen Mitteln ablehnen, so überläßt das nichts davon, daß wir grundsätzlich und letztendlich die weltliche Schule auf das verbindliche und bestimmte ablehnen.“

Wir bekämpfen sie, wir bekämpfen sie aber mit anderen Mitteln und auch mit anderen Zielen. Wir wollen sie denjenigen, die darauf bestehen, sie für ihre Kinder zu erhalten, nicht verweigern. Wir in unserer eigenen Reihen sagen wir dafür, daß die Konzepte der weltlichen Schulen und der ungewissen Gefahr, die in ihr vor uns steht, genügend bekannt wird, daß auf diese Weise propagandistisch der Ansehensverlust dieser in ihre Zeit verhängnisvollen Schule vorgebeugt wird.“ (Dr. Langhans, 133. Landtagsagung, 31. März 1930.)

Die reaktionäre Wirtschaftspartei

über will sie verhindern!

„Unschicklich ist, warum das Zentrum den Antrag der Deutschen Nationalen Partei nicht annehmen will, der dahin geht, daß die Gründung weltlicher Schulen (sukzessive) unterscheidet bis der Staatsgerichtshof gesprochen hat, oder warum das Zentrum nicht den noch weitergehenden Antrag der Wirtschaftspartei annehmen will, derartige Schulen ganz zu verweigern und ihre Neugründung nicht zuzulassen.“

Diese Haltung des Zentrums ist nur daraus erklärlich, daß es sich in einer langjährigen Regierungsgesche mit den Sozialdemokraten befindet. (Hbg. Knybe, 78. Landtagsagung.)

Die Deutschnationalen

verlangen den Einhalt des Vormarsches der weltlichen Schulgedankens.

In einem Antrag Nr. 3833, der im Landtag eine Mehrheit fand, ersuchte die deutschnationale Fraktion des Landtages das Staatsministerium, „angesichts des vorhergehenden Vordringens antisemitischer Mächte und der unerbittlichen Verbreitung des bolschewistischen Atheismus auch in Deutschland zur Folge hat, mit allem Ernst der Verwirklichung der Jugendberziehung in den Schulen aller Gattungen entgegenzuwirken. Dem Religionsunterricht ist die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden sowie der Durchführung der ganzen Schule mit christlichem Geist Raum zu geben.“

In einer Entschließung hat das Staatsministerium darauf aufmerksam gemacht, daß diese Forderungen gesetzliche Regelung nur durch ein Schulgesetz finden können.

Das Wirken der sozialdemokratischen Fraktion

im Landtag und bei allen Verhandlungen ging dahin, dem weltlichen Schulgedanken den größtmöglichen Lebensraum zu eröffnen!

In Braunschweig verbietet Naziregierung Neueinrichtung weltlicher Klassen. In Brechen gelingt es, obwohl kulturpolitische Schwierigkeiten durch Vorhandensein starken katholischen Volksteils größer, weltliche Schulen zu erhalten und auszubauen.

Zum Nazi-Attentat in der Jahrhunderthalle

endet uns die Breslauer Messe- und Ausstellungsgesellschaft längere Darstellungen zweier verdächtiger Versuche, die von außen her unternommen wurden, um die Kundgebungen der „Eisernen Front“ in der Jahrhunderthalle zu stören. Aus dieser Darstellung geht deutlich hervor, daß von Seiten der Halleninspektion alles getan wurde, ja von ihr selbst das Überfallkommando alarmiert worden war, um diesen frechen Eindringlingen das Handwerk zu legen. Die Messe- und Ausstellungsgesellschaft legt Wert auf die Feststellung, daß der Verdacht, daß die Täter auf legalen Wege in die Halle gedrungen sind, völlig unbegründet ist. Es besteht vielmehr zu Recht die Annahme, daß die Täter über die Pergola und das Dach des Verbindungsweges zwischen Nordgang der Halle und der Terrassengänge auf das Dach der Jahrhunderthalle gelangt sind. Andererseits ist auch ein Erklettern über die Blühleiter oder die Regenabfallrohre möglich.

Kampf dem Schlagwort

„Die Sozialdemokratie ist nur an allem schuld“! Der Lügen- und Verleumdungsfeldzug der Gegner der Sozialdemokratie

Ein bekanntes Schlagwort antwortete einst auf noch so verärgliche Fragen nach irgend einer Ursache: Die Juden und die Kadführer. Und es gab auch bald keine Situation, wo nicht die einen oder anderen ihre Hand im Spiel hatten. Heute lautet — und leider nicht nur im geistigsten Scherzwort — der Refrain: „Die Sozialdemokraten sind schuld.“ Der größte Unsinn wurde damit erklärt. Die Nationalsozialisten aber machten aus diesem Unsinn politisches System und die gemeinste Demagogie zum politischen Kampfmittel. Auf einem von ihnen unlängst herausgegebenen Flugblatt werden nicht weniger als 26 der kompliziertesten politischen Fragen mit den zwei schlichten Worten beantwortet: Die Sozialdemokratie. Da ist diese Sozialdemokratie nicht allein schuld an dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges, da hat sie nicht nur das Volk entwaffnet, die Republik der Hochfinanz ausgeliefert, sondern, da ist sie auch und natürlich ganz allein schuld an der Inflation, an der Umwandlung der Reichsbahn in eine Gesellschaft, da hat sie in neuerer Zeit die Notverordnung auf dem Gewissen, da ist sie schuld an den hohen Gehältern und Pensionen, da verhindert sie jeden Antrag zur Verbesserung der notleidenden Bevölkerung, da — so geht es in einem fort, bis einem ganz schwindlig wird.

Liest man solches Zeug, so müßte man wahrhaftig glauben, die Sozialdemokratie habe in den letzten fünfzehn Jahren einzig und allein etwas in Deutschland zu sagen gehabt. Wohl in keinem Lande wäre ein solcher verlogener politischer Kampf möglich. Wir könnten ohne weiteres eine solche plumpe Agitation und Propaganda ignorieren, wenn eben nicht ihr jenes Bedürfnis breiter unangefasster Volksmassen entgegenkommen würde, möglichst alles auf eine einfache glatte Formel und Generalnennung zu bringen. Der Mensch, in Deutschland vorwiegend der Kleinbürger, hat sich jahrelang so gut wie gar nicht um die Politik gekümmert. Durch die Wirtschaftskrise nun ein wenig aus seinem bisherigen Döhl herausgebracht, folgt er nur allzu leicht der bequemsten und einfachsten Parole. Es ist ja so herrlich einfach: Die Sozialdemokratie ist schuld. Und gibt es keine Sozialdemokratie mehr, dann ist eben alles so herrlich wie früher.

Da ist der Stammtisch der teutschen Biederleute. Theoretiker können verzweifeln, praktische Staatsmänner keinen Ausweg mehr sehen, der Stammtisch aber wird für jeden Fall immer die obige Patentlösung haben. Hier hat auch das Schlagwort von der schuldigen Sozialdemokratie seinen Ursprung; von hier aus ist diese Redensart in die Versammlung und in die Presse der Nazis gedrungen und von dort aus strebt sie weiter und verpestet immer mehr die politische Atmosphäre. Man hört es im Betrieb, auf dem Stempelamt, beim Einkauf und auf unzähligen Treppenterrassen unserer Frauen. Wir haben es bisher kaum der Mühe für wert gehalten, irgend ein Wort solchem Blödsinn entgegenzustellen. Die Wahlen in der letzten Zeit aber haben recht deutlich bewiesen, daß die Beharrlichkeit, mit der solche Lügen verbreitet werden, zu einem gewissen Ziel führt, und

daß sie weiter ihre Wirkung tun, wenn sie nicht immer und überall widerprochen werden.

Lächeln wir also weniger darüber, sondern stellen wir die Gegenfrage. Hat z. B. schon einmal in Deutschland die Sozialdemokratie die Macht befehlen? Hat sie schon einmal mehr als ein Drittel der Minister in einer Regierung gestellt? Hat nicht gerade in jener verhängnisvollen Inflationszeit eine den Deutschnationalen nahestehende Regierung die Macht in den Händen gehabt? Hat nicht gerade und fast allein die Sozialdemokratie immer gegen die hohen Gehälter und Pensionen Stellung genommen? Hat sie nicht den Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung durchgeführt? Wo ist das Reichstagsprotokoll, das zeigt, daß die Sozialdemokratie auch nur einmal für die Notverordnung gestimmt hat, daß sie gegen Verbilligung von Lebensmitteln und Verbesserung und Kriegsopfer-Verzögerung gestimmt hat?

Dies nur einige Fragen aus dem Bündel, das uns täglich um die Ohren geschlagen wird. Es ist keine, aber auch keine Lüge zu alt, als daß sie nicht in dieser Zeit wieder von unseren Gegnern hervorgeholt wird, um uns auf irgend eine Weise zu treffen. „Der Mensch ist eine Vergessensmaschine“, sagte einstmals ein geistreicher Franzose. Auf diesen Erfahrungssatz bauen unsere Nationalsozialisten und leider auch Kommunisten, wenn sie mit solchen Ladenaßeln kommen. Und kein Manuskript ist zu alt, als daß man es jetzt hervorholen müßte, um solche Dinge zu widerlegen.

Die Zeit ist vorbei, wo wir allein mit Tausenden von geschulten Rednern dem Gegner entgetreten konnten. Heute kommt es vielmehr darauf an, daß jeder Genosse und Genossin, jeder Gesinnungsfreund zum Redner, zum Vorkämpfer unserer Sache wird. Die weißgeformte Rede im vollen Versammlungssaal ist erst von zweiter Bedeutung, viel wichtiger ist, daß jeder einzelne bei jeder Gelegenheit das Wort zur Erwiderung nimmt. Ein Bild, das mehr sagt als viele Worte: An einer Straßenecke standen ein Dutzend Menschen diskutierend zusammen. Geschimpft wurde — auf die Sozialdemokratie und anscheinend von den verschiedensten Parteigängern. Der Refrain war der übliche, bis nach einer geräumigen Weile ein Genosse entschieden mit ein paar Worten und Gegenfragen in diese Diskussion eingriff. Er war kein großer Redner, aber keine wenigen Worte waren überzeugend und schlagend. In wenigen Minuten, war dieser Kreis auseinander und mehr als einer ging nachdenklich seinen Weg. Der „Redner“ aber war ein arbeitsloser Maurer.

Solches können wir alle tun. Sagen wir nicht mehr, kommt nur einmal in unsere Versammlung, machen wir es selber. Kampf dem Schlagwort, ist notwendige und erfolgreichste Abwehr in diesem großen Angriffskampf gegen die Sozialdemokratie, gegen Republik und Freiheit. —ig.

Faschismus greift dich an

Scherl-Journalist begeistert sich für faschistische Rixnusöl-Methoden

Die „Deutsche Illustrierte“, eine nationale Bilderzeitung, die schwer gegen die Konkurrenz des „Illustrierten Beobachters“ zu kämpfen hat, bemüht sich, die Nazis an Faschistenverehrung zu überkreuzen, und drückt daher in Fortsetzungen das Werk „Der Schmied Roms“ ab, das „Rumpelstilzchen“ (Major a. D. Stein) verfaßt hat, eines wertigen Scherl-Journalisten, der auf allmählich die „Schlesische Zeitung“ mit fernem banalen, inhaltlosen Wochenüberichten beglückt.

In der Nr. 12 der „Deutschen Illustrierten“ vom 22. März findet sich in der 5. Fortsetzung folgende Schilderung:

„Und wer sich ihm (Mussolini, D. Red.) dabei entgegenstellt, der soll niedergeschlagen werden. Die Nazis ist und bleibt nach seiner Ansicht töricht, daher bedarf sie des gewaltigen Einwirkens der Weisheit, daß nur die Größe und die Macht des Staates auch das Glück des Einzelnen bedeutet.“

Jedes Mittel ist ihm dazu recht.

Auch das Rixnusöl.

In irgend einem Dorfe ist sozialistisch gewählt worden. Zwei Tage später wird es vor Tag und Tag von bewaffneten Faschisten umstellt. Die wahlberechtigten Männer werden aus den Reihen geholt und zusammengeführt. Man bindet ihnen die Hände unter den Achseln zu, dann legt man ihnen mehrere Schüsseln Rixnusöl ein und läßt sie anderthalb Stunden verweilen. In Hunderten von Dörfern ist so verfahren worden.

Nach dieser Kur wagt kaum jemand mehr antisozialistisch zu stimmen.“

Angesichts der bevorstehenden Wahlen, bei denen auch die deutschen Faschisten legal an die Macht kommen wollen, um ein ähnliches Regiment zu errichten, bedarf es zu dieser Schilderung keines Kommentars.

Es genügt, faschistisch angehauchten Nachbarn diesen Ausschnitt zum Lesen zu geben. Vielleicht geht manchem, der noch auf die „Arbeiterpartei Hitlers“ keine Hoffnungen setzt, doch noch ein Seitenhieb auf.

Aufbau des Dritten Reiches

Deutschland erwache, Scheibe zertrübe!

Überall, wo in der Republik die schönen Stedlungen entstanden sind, haufen jetzt die Nazis in größter Zahl. Die Leute, denen es in der Republik über dem Durchschnit gut geht, sind ihre schlimmsten Feinde. Wo sie in Häufen beisammen sind, bekommt der anständige Bürger ihren Terror zu spüren. So ist es in Zimdel, und so ist es vor allem auch am Sauerbrunn. Nach der Hitlerverammlung vom Montag wurden in der Charelatterstraße auch wieder einige Genossen vier Fensterbänke eingemörtelt. Als Würgeschloß dienten Scherben von roten Tonfliesen, was vielleicht zur Ermittlung der Täter beitragen wird. Im übrigen gehören die Nazis zu den feinsten Mietern der Stedlungsgeellschaft. Ans Mietzahlen denken sie zu allererst. Das „System“ des gemeinnützigen Wohnungsbaus muß ebenso zertrüben, wie Fensterbänke der Sozialdemokraten und Republikaner. Wozu noch Miet zahlen, wenn doch bald das Dritte Reich kommt, in dem man Schulden nicht mehr zu bezahlen braucht. Und Scheibeneinwerfen dient doch auch zur Verminde rung der Arbeitslosigkeit, indem die Gläser zu tun bekommen.

In den Stedlungen spürt man übrigens den Mangel an Polizei. Und wie steht denn eigentlich die Stedlungsgeellschaft dazu, daß sich die Rote Korax ausgerechnet in ihren Säulern breit macht. Sie könnte etwas mehr darauf achten, daß die Stedlungen nur von anständigen Leuten bewohnt werden.

Eine besondere Gefühlsroheit konnte man gestern am Hauptbahnhof 2, mittags gegen 1 Uhr, beobachten. In dem Haus, indem sich die Zeitungsausgabe der Nazitotenzeitung befindet, fand eine jüdische Beerdigung statt. Die Kultur erneuerer aus Hitlers Gefolge hatten sich reihenweise um das Leichentuch gekümmert, und konnten es nicht unterlassen, ihre häßlichen Bemerkungen zu machen, sogar als der einfache Holzjarg herausgetragen wurde und die Beizugenden vorübergingen.

PAUL LÖBE der Führer der schlesischen Arbeiterschaft spricht Freitag, 20 Uhr im Zirkus Kesseln

Die feindlichen Brüder

Im Zusammenhang mit den Durchsuchungen der Polizei bei den kommunistischen Organisationen...

Wozu die Fahnenkreuzfahrten?

Manch einer wundert sich, daß heute in den Nazi-gegenden hier und dort eine Fahnenkreuzfahrt herausgeht...

Besonders verpeißt damit ist die Siedlung Jimpfel. Und diese wiederum in den Beamtenvierteln...

„Das Geld liegt bereit“

Zur Landtagswahl meldet sich auch wieder die „Nationale Opposition der Vereinten Reichsbankläubiger und Marktgeschädigten“...

Werrüdie raus!

Wie sehr es mit den Geistesgaben verschiedener Volksgenossen bergob geht, läßt sich aus einem in Breslau verteilten Flugzettel erkennen...

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Nur noch heute und morgen in geschlossenem Vorverkauf um 4, 5, 6, 8, 10 Uhr...

Schwerer Autounfall bei Deutsch-Eiffa

Aus Kilometerstein 156 verunglückte heute vormittags 8,30 Uhr ein 848 er Opelwagen mit der Kennzahl Nummer 28 223...

Der alte Bomberg

Die Verfilmung des Romans „Der tolle Bomberg“ von Josef Bomberg hat sich besonders liebevoll des Wortes „toll“ angenommen...

Der tolle Bomberg

Die Verfilmung des Romans „Der tolle Bomberg“ von Josef Bomberg hat sich besonders liebevoll des Wortes „toll“ angenommen...

Die Pflicht ruft!

Donnerstag, den 21. April

Martos, Herrmann: Öffentliche Kundgebung, 20 Uhr. Redner: Genosse Dr. Landsberg...

Freitag, den 22. April

Reichstagspräsident Paul Löbe, Circus Busch, 20 Uhr. Redner: Genosse M a t h e.

Arbeitsende Jugend!

Alles auf zur Jungwähler-Kundgebung

der SPD am Donnerstag, den 21. April 1932, 20 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses...

Sozialistische Arbeiterjugend - Arbeitsgemeinschaft junger Sozialdemokraten - Jugendgruppe des Zentralverbandes...

und den Müttern, läßt ihre tausend Sprachen auf- und abklingen, photographiert das Leben in den vier Wänden des Hauses...

Der tolle Bomberg

Globe-Palast

Die Verfilmung des Romans „Der tolle Bomberg“ von Josef Bomberg hat sich besonders liebevoll des Wortes „toll“ angenommen...

Sozialdemokratische Partei



Gewerkschaftshaus, Zimmer 107-110, Telefon Nummern 59060-59061...



Abteilung Eandler (Distrikte 18, 21, 22), Heute 20 Uhr im Volkshaus...

Arbeitsgemeinschaft junger Sozialdemokraten, Note Blasen, Heute 20 Uhr im Jugendheim Gewerkschaftshaus...

Freibierjugend, Gruppe Südost, Heute ab 10,30 Uhr im Heim Tauchnitzstraße 22 III...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Der Führer, in der Festung Kasernenbau-Gebäude...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Der Führer, in der Festung Kasernenbau-Gebäude...

Bereinskalender

Deutscher Metallarbeiterverband

Heute, heute und morgen, im geschlossenen Vorverkauf um 4, 5, 6, 8, 10 Uhr...

Rundfunk von heute

Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer

Das heutige Programm, das vom Gleiwitzer Zwischensender bestrahlt wird, weist um 18,45 Uhr einen hörenswerten Vortrag...

Wasserstand

Table with 4 columns: Location, 20.4, 19.4, 20.4, 19.4. Rows include Katibor, Kette, Feigermund, Feig (Kraftstrom), Treibsch.



STÄDTISCHEN SPARKASSE ZU Breslau

Der falsche Weg der KPD.

Sowjetrußland — kein Vorbild für deutsche Arbeiter

Bessere Zeiten — das ist die Sehnsucht des ganzen arbeitenden Volkes. Arbeit für alle, besserer Lohn, heraus aus der Not! Es soll besser werden, es muß besser werden! Aber wie?

Die Kommunisten preisen uns die Rezepte Lenins und Stalins an. Es gibt manchen Arbeiter, der von Sowjetrußland als von dem Lande der sozialistischen Verheißung träumt, und der deshalb den Kommunisten Glauben schenkt, wenn sie ihm die russischen Verhältnisse und die Lage der russischen Arbeiter als paradiesisch im Vergleich zu den deutschen schildern. Aber es ist alles ganz anders! Wer mit dem Traum von besseren Zeiten nach Sowjetrußland blickt und sich die russischen Verhältnisse vor Augen hält, der wird sich gehetzt und enttäuscht abwenden. Kommunist wird er bestimmt nicht!

Die Wahrheit über Sowjetrußland — das ist die beste Antwort auf die Betrugsversuche, die die Kommunisten an der Arbeiterklasse vornehmen wollen! Wir zeigen die Wahrheit, wie sie an der Hand von Zahlen, die von Sowjetbehörden stammen, und von Schilderungen aus der Sowjetpresse. Wir zeigen, wie es dem Arbeiter in Sowjetrußland wirklich geht!

Hungerlöhne

Stalins Fünfjahresplan sieht dauernde Lohnsteigerungen vor. Im Jahre 1930/31 sind tatsächlich die Löhne erhöht worden, und zwar im Durchschnitt um 7,3 Proz. Auch für 1931/32 ist eine Lohnsteigerung vorgesehen, und zwar etwa im selben Ausmaß, wie in Deutschland die Lohnsenkung vorgenommen worden ist. Diese Lohnsteigerung für 1931/32 ist bereits erfolgt.

Wie geht es den russischen Arbeitern doch besser als den deutschen? Nur falsch, es ist ein Aber dabei!

Während 1930/31 die Löhne im Durchschnitt um 7,3 Proz. stiegen, erhöhten sich gleichzeitig die Preise wie folgt: Schuhwaren 7,5 Proz., Fleisch 8,5 Proz., Salz 17,8 Proz., Pflanzenöl 29 Proz.

Die Preise kletterten also rascher in die Höhe als die Löhne, der Reallohn sank, die Lebenshaltung der russischen Arbeiter verschlechterte sich. Ebenso ist es 1931/32.

Die Lohnsteigerung beträgt fast 20 Proz. — aber gleichzeitig sind die Lebensmittelpreise und die Preise für den dringendsten Lebensbedarf um mehr als 50 Proz. gestiegen!

Wie kommt das? Ein Wort erklärt alles: Sowjetrußland hat Inflation. Wie die Inflation wirkt, wissen wir alle: die Preise kletterten viel rascher in die Höhe als die Löhne. Die Lohnempfänger sind immer die Betroffenen. Sie zahlen in Gestalt von Inflation die ungerechteste und höchste Steuer, die es gibt. Schon im Jahre 1930/31 eilten die Preise den Löhnen voraus. Seitdem ist die Inflation weitergegangen, und 1931/32 ist es noch schlimmer geworden. Der Stalin-Plan führt die russischen Arbeiter nicht zu besseren Zeiten, sondern immer tiefer ins Elend!

Die „Lohnsteigerungen“ sind also Schwindel. Der Reallohn fällt dauernd, er ist seit 1930/31 viel tiefer gesunken als der Reallohn in Deutschland.

Was verdient aber nun ein russischer Arbeiter? Nach der letzten „Lohnsteigerung“ 1931/32 verdient er im Durchschnitt im Monat etwa 110 Rubel (ungefähr etwa 30 hochqualifizierte Arbeiter etwa 160 Rubel). Was bedeutet das?

Knebelt man nach dem Zwangskurs des Rubels um, so wären das etwa 240 Mark im Monat. Aber das ist eine Mädcheneinkommen. Die Kaufkraft des Rubels in Rußland ist so gesunken, daß 110 Rubel etwa 30 bis 40 Mark entsprechen!

Wir kennen das alle aus der Inflation, als wir alle Millionäre waren — aber die Millionen, die einen Arbeitermonatlohn darstellen, reichen gerade für ein Brot aus. Auf diesem Wege sind die russischen Arbeiter, sie verdienen im Durchschnitt etwa 110 Rubel im Monat, aber ein Paar Stiefel auf Bezugsgeld, also zum höchsten Preis, kostet 60 bis 80 Rubel!

Was kann der russische Arbeiter von diesem Lohn kaufen, wie lebt er damit?

Schlechte Versorgung — Das Kartensystem

Die Arbeiterklasse gilt als privilegierte Klasse. Trotzdem steht sie im Elend. Alle Tage Schwarzbrod und Pilze — das ist der Grund, den im vergangenen Jahre der ausländische Beobachter von der Ernährung der Arbeiter erhielt.

Der Betriebsarbeiter kann jetzt in vielen Betrieben morgens und mittags sehr billiges Essen erhalten, so daß durch ein kleiner Ausweis für den entsetzlich niedrigen Lohn lebt. Aber das Essen ist ungenügend, also muß er zukaufen, und die Familie muß ebenfalls durch Kauf ernährt werden.

Es gibt Lebensmittel in Betriebsläden gegen Karten, aber die wichtigsten Lebensmittel nur in geringen Mengen, so Fleisch, Fisch, Fett, Gemüse. Da gibt es Beschaffungsschwierigkeiten, Transport-, Organisations-, Finanzierungsschwierigkeiten.

Es ist wie in Deutschland im Kriege, nur den Läden fehlen Handlung, Lagerung die Schlangen, es heißt ungenügend.

Der Unterschied ist nur der, daß der Schwarzhandel in Sowjetrußland jagenden staatlich organisiert ist. Was man nicht auf Karten er-

hält, gibt es außer im wirklichen privaten Schwarzhandel in staatlichen Geschäften, und zwar zu Preisen, die dem wahren Wert des Rubels entsprechen, also irrsinnig hoch im Verhältnis zum Arbeiterlohn. Ein Paar Stiefel, das auf Karten 80 Rubel kostet, kostet hier 150 bis 200 Rubel — bei einem Durchschnittsarbeiterlohn von 110 Rubel im Monat!

Das Kartensystem gilt für Brot, Zucker, Tee, Graupen, Margarine, Mehl, Heringe, Fische, Seife, Petroleum. Die Menge ist sehr gering, die Preise sind jetzt schon irrsinnig hoch,

deshalb kam es in Moskau und Leningrad in diesen Tagen zu Hungerrevolten und zur Plünderung von Läden, wobei berittene GPU-Polizei auf die verzweifelten Arbeiterfrauen einhieb.

Milch gibt es nur für Kinder jeden zweiten Tag in ganz geringer Menge.

Die schlimmsten Hungerjahre im Krieg und in der Inflation in Deutschland geben ein Bild von der Lage der Arbeiter in Sowjetrußland von heute. Und noch fünf Jahre lang soll das Kartensystem, das System des Hungerns, nach Stalins Willen den russischen Arbeitern erhalten bleiben! Würde man diese Verhältnisse auf Deutschland übertragen, so würde das einen schauerlichen Rückfall, einen katastrophalen Sturz der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter bedeuten, es wäre wie ein Rückfall in die Barbarei!

Das Wohnungselend

Die Sowjetregierung läßt in Deutschland sehr kostspielige Propagandabilderbücher verbreiten, um zu zeigen, wie sie es herrlich weit gebracht hat. Man sieht gigantische Industriewerke — aber man sieht in diesen teuren und verschwenderisch aufgemachten Büchern nicht, wie die Masse der russischen Arbeiter wohnt.

Der Wohnungsbau wird systematisch vernachlässigt gegenüber dem Bau von industriellen Werken.

Man schafft Großbetriebe, aber die Arbeiter darin mögen sehen, wo sie unterkommen. Einzelne Wohnbauprojekte dürfen über das Massenelend nicht hinwegtäuschen.

So liegt in Leningrad die Arbeiterbevölkerung, aber die Arbeiter haben keine Wohnung. Die verfügbaren Wohnräume sind im Verhältnis immer geringer. Etwa ein Fünftel aller Leningrader Arbeiter hat noch nicht eine Wohnstätte von 3 Quadratmeter pro Kopf zur Verfügung.

Auf ganz Rußland gerechnet geht die Wohnstätte pro Kopf der Bevölkerung ständig zurück, der Wohnungsmangel wird immer größer. In der amtlichen Sowjetpresse heißt das: „Das Tempo des Aufstiegs der Wohnungswirtschaft ist hinter dem allgemeinen Tempo des sozialistischen Aufstiegs zurückgeblieben.“

Dabei steigen die Mieten außerordentlich stark!

In der „Bergarbeiterzeitung“ haben Rußlandarbeiter, die hoffnungsvoll nach Rußland gegangen sind, ihre Erfahrungen geschildert. Sie berichten aus dem Grubenbezirk im Ural:

„Das Quartier, ein baufälliges altes Haus, das voller Ungeziefer war. Selbst die kommunistischen Genossen haben schon jeden Rat verloren, es steht bei ihnen bereits fest, daß sie da nicht alt werden würden.“

Auch hier die Klage über grenzenlose Enttäuschung, bittere Worte über den „großen Schwindel“, den die kommunistischen Agitatoren mit Rußland im Ausland treiben.

Am traurigsten sind die Wohnverhältnisse im Donezbecken und im Kaukasusbecken. Da hört man, daß die Bergarbeiter in Baracken, Zelten und Erdhöhlen wohnen. Ueber die Verhältnisse im Kaukasusbecken liest man in einer Sowjetzeitung:

„Am Abend, besonders aber in der Nacht, ist das Leben eine wahre Hölle. Wir haben eine primitive Baracke. Da steht außer dem Bett überhaupt nichts drin. Möbel gibt es nicht, weder Tisch noch Stühle. Man kommt von der Arbeit und muß gleich ins Bett kriechen. Ich will aber leben. Nunmehr, ich finde keinen Platz, es gibt nicht einmal Platz genug, um die Tiere irgendwo hinzuweisen. Das Tiergehege kommt aber noch, wenn wir uns schlafen legen. Im Schlaf nicht zu denken. Ganze Armeen von Wanzen und Schaben. Man kann kein Auge schließen.“

Das Zuchthaus der Arbeit

Niedrige Löhne, unzureichende Versorgung, elende Wohnverhältnisse — das hat dazu geführt, daß die Arbeiter sich dorthin drängen, wo es noch am besten war. So wurde die Zahl der Arbeiter in den Grubenbezirken immer geringer. Darüber entriestete sich die Sowjetpresse:

„Sie fliehen von einer Grube zur anderen, in dem Glauben, daß sie dort weniger zu arbeiten brauchen bei höherem Verdienst. Immer sind sie im Fluge, in unruhiger Bewegung von einem Schacht zum anderen, immer auf der Jagd nach dem Glück.“

Streben nach menschenwürdiger Wohnung, nach Salzwerden — das nennt die Sowjetpresse „Jagd nach dem Glück“. Es gilt ihr als verwerfliche Handlung, wenn die Arbeiter nach besseren Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnissen streben, wenn sie Gebrauch von ihrer Freiheitsliebe machen, um ihre Lebenshaltung zu erhöhen.

Die erwidert es, das Streben der Genossen nach Verbesserung des „Jagd nach dem Glück“ zu verurteilen. Das zeigt, daß man in Sowjetrußland den Arbeiter nicht als Menschen achtet, sondern als Arbeitskräften ansieht.

Über die „Jagd nach dem Glück“ hat ja nun in Sowjetrußland auch schon ihr Ende gefunden!

Die Freizügigkeit der Arbeiter ist aufgehoben.

Dem Kommando zur Arbeit muß Folge geleistet werden — bei Strafe des Verlusts jeder Lebensmöglichkeit. Angesichts des Fehlens wirklicher Gewerkschaften, der Unmöglichkeit von Lohnbewegungen des Fehlens jeglichen Streikrechts, war die Freizügigkeit das einzige Mittel, sich gegen erbärmliche Löhne und miserable Versorgung zu wehren. Das ist nun aus!

Eine Arbeiterklasse, die unter solchen schlechten Bedingungen lebt, kann natürlich nicht intensiv arbeiten und Qualitätsarbeit leisten. Hier soll ein Antriebsystem schlimmster Art nachhelfen.

Alles das, was kapitalistische Gewinnjäger an Quälereien und Knechtungsmaßnahmen je gegen das Proletariat erfunden hat, was die Arbeiter in Deutschland in jahrzehntelangen Kämpfen unter Führung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie niederkämpft haben, was dank sozialdemokratischer Politik in Deutschland gesetzlich verboten ist — das hat das Sowjetregime in Rußland gegen die russische Arbeiterschaft im Jahre 1931 neu eingeführt — zur Begleichung der Kapitalisten der ganzen Welt, die darin eine Rechtfertigung ihrer Methoden erblickt haben!

Das Bild, das sich so vor uns entrollt, trägt die Züge des Kapitalismus in seiner wildesten Zeit. Es zwingt uns, laut zu erklären: Es ist eine traurige Karikatur des Sozialismus, die uns hier als Vaterland der Arbeit angepriesen wird! Das ist nicht der Freiheit der Arbeit, nicht das Land unserer Sehnsucht, es ist ein Zucht-haus für Arbeiter!

Darum Vergewaltigung der Demokratie!

Natürlich gärt es dumpf in den Arbeitermassen angesichts dieser Zustände. Aber die Diktatur hat dafür gesorgt, daß keine gefährliche Stimme der Unzufriedenheit laut werde. Gegen Explosionen der Arbeiterklasse, wie sie 1921 in Leningrad, im Kronstädter Aufstand erfolgten, hat sich das Sowjetregime durch den Terror gesichert. Dennoch kommt es zu Hungerrevolten, wie in Leningrad und Moskau!

Man versteht nun auch, warum die Kommunisten für die Diktatur schwärmen und die Demokratie bekämpfen!

Ohne die Diktatur über das Proletariat würde das Proletariat gegen solche Ausbeutung und Entrechtung auf das Schärfste ankämpfen. Die Kommunisten sind gegen die Demokratie, weil sie den Schrei des Hungers, den Schrei nach besseren Zeiten, den Schrei nach Recht und Freiheit unterdrücken wollen.

Wer die russischen Zustände auf Deutschland übertragen wollte, der müßte erst die deutsche Arbeiterschaft einer terroristischen Diktatur unterwerfen, die ihren Freiheits- und Kulturwillen mit Gewalt totschlagen müßte!

Rußland — der falsche Weg

Ein kommunistischer Arbeiter, der voll Glauben nach Rußland ausreiste, um dem kapitalistischen Elend in Deutschland zu entgehen, schrieb bald nach seiner Ausreise:

„Ich werde bald wieder in Berlin eintreffen, da ich nicht gefunden habe, was ich hier in Rußland gesucht habe. Hier ist alles Risse. Wenn ich es früher geahnt hätte, wäre ich von Berlin nicht abgefahren. Denn hier bin ich sehr enttäuscht worden. Es herrschen hier unhaltbare Zustände, die ich selber nicht geglaubt habe.“

Die Gruppe von Ruhrbergarbeitern, die die Wahrheit über Sowjetrußland an Ort und Stelle erkannt hat, schloß ihren Bericht in der „Bergarbeiterzeitung“ mit dem Aufschrei:

„Bieber in Deutschland arbeitslos sein als in Rußland arbeiten! Dann hat man noch ein Plus von 100 Prozent!“

Es ist kein Vergleich zwischen Deutschland und Sowjetrußland! Sowjetrußland ist in seiner Entwicklung um mindestens 100 Jahre zurück! Wer Sowjetrußland als Vorbild preist, wer Arbeiterpolitik nach den Grundsätzen der kommunistischen Partei empfiehlt,

der verlangt, daß die deutsche Arbeiterschaft 100 Jahre Kampf, 100 Jahre Fortschritt und Aufstieg ausstünde und sich freiwillig auf das Niveau des Frühkapitalismus zurückbegeben!

Dafür sollten wir Diktatur und Terror anbeten und die Freiheit opfern?

Dafür sollten wir die Spaltung und Schwächung der Arbeiterbewegung und die Zerschlagung des Faschismus gutheißen?

Der ganze Wahnsinn der kommunistischen Bestrebungen wird klar, wenn man nicht nur die Wirklichkeit und die kommunistischen Propagandabilder vergleicht. Der Weg der Kommunisten ist der falsche Weg, ein Weg ins Verderben. So kommen wir nicht zu besseren Zeiten, sondern in eine Hölle des Elends!

Wir wollen weder das Dritte Reich Hitlers, noch das Zuchthaus Stalins, wir wollen Freiheit und Wohlstand in der Demokratie.

Der richtige Weg führt mit der Sozialdemokratie zu besseren Zeiten!

Die Komiker

Selbstporträt der KPD. - Revolutionäre kennen keinen Klassenbericht
Keine Organisation, aber ein Wissthaufen
Dahen, die Klavier spielen wollen

In Berliner Arbeitervierteln - dort, wo Hitler bei der Reichspräsidentenwahl aus der KPD. Zumachs erhielt - nennt man in Arbeiterkreisen die Kommunisten schon lange nur noch Komiker.

Das neueste Stück der Komiker spielt in Essen. Dort begibt die Bauarbeiter der sogenannte „Einheitsverband“ für das Baugewerbe, der unter der „Führung“ der KPD steht.

Als in Essen war's. Dort hielten die Männer der KPD. vom Einheitsverband für das Baugewerbe eine sogenannte Generalversammlung ab.

Zwei große Kanonen der KPD. waren erschienen - der große Revolutionär Blättermann aus Hamburg und eine KPD. Legis aus Krays.

Der bisherige Kassierer Gledenkain aus Essen packte aus. Freu und bran hat er die 10 Pfennig-Beiträge für die KPD. einfastert und Groschen zu Groschen gelegt.

Der Herr Superintendent weiß nichts davon, daß Spaziergänger für einen armen Teufel auch eine Rehrteile hat: es macht Spazier. Von jeder war es daher für einen armen Teufel stets vortrefflicher zu schlafen, als herumzuläufeln.

Der Herr Superintendent ist auch sonst noch ein toller Heißer. Er meint: „Die Verfassung für die Zeit der Arbeitslosigkeit war der größte Fehler, der in der Lösung der sozialen Frage gemacht worden ist.“

Wenn wir von dieser heiligen Verfassung reden, dann nur, um zu zeigen, daß die sozialdemokratische Reaktion auch heute noch bei sich selbst die Billigkeit der Arbeiter hat.

Die Komiker spielen in Essen. Dort begibt die Bauarbeiter der sogenannte „Einheitsverband“ für das Baugewerbe, der unter der „Führung“ der KPD steht.

stimmte nicht dafür: der neugewählte Kassierer, ein angeblicher Bolter Daun. Der Mann scheint Bescheid zu wissen, Blättermann hielt vor stark gelichtete Reihen seine Schlußrede.

Ein Hilfskassierer meldete, in Essen Stadt-Mitte seien ihm innerhalb 14 Tagen 80 Mitglieder davongelaufen.

Soweit der wahrheitsgetreue Versammlungsbericht. Ein kleines Bild aus einem großen Trauerspiel.



Niedriger hängen!

Der Herr Superintendent über die „faulen“ Arbeitslosen. Der Superintendent Nörzring aus Raumburg hat in seinem Raumburger Kirchenboten den Arbeitslosen die Devoten gelesen.

Der Herr Superintendent weiß nichts davon, daß Spaziergänger für einen armen Teufel auch eine Rehrteile hat: es macht Spazier.

Der Herr Superintendent ist auch sonst noch ein toller Heißer. Er meint: „Die Verfassung für die Zeit der Arbeitslosigkeit war der größte Fehler, der in der Lösung der sozialen Frage gemacht worden ist.“

Wenn wir von dieser heiligen Verfassung reden, dann nur, um zu zeigen, daß die sozialdemokratische Reaktion auch heute noch bei sich selbst die Billigkeit der Arbeiter hat.

Die Berufungsfrage des Deutschen Metallarbeiterverbandes

gegen die Gewerkschaft Nordwest und Vertiefung des im Spruchspruch vom 24. April 1927 und im Spruchspruch vom 2. Dezember 1928 vorgeschlagenen Vermögensgleiches wurde vom Landesarbeitsgericht Düsseldorf abgeurteilt.

Die Kommission der Internationalen Arbeitslosenverbände hat am 19. April (Eigener Drahtbericht) in der Sitzung der Internationalen Arbeitslosenverbände in London, 18. April (Eigener Drahtbericht) über die Einführung des Bedürftigkeitsnachweises bei der Arbeitslosenversicherung beraten.

Fragebogen aufgestellt, der an die Regierungen gesandt werden soll und der folgende Fragen enthält: Soll das Verbot der Hilfsarbeiten nur auf bestimmte Berufe beschränkt oder allgemein gelten, mit genau umgrenzten Einzel-

Englische Gewerkschaften fordern die Aufhebung des Bedürftigkeitsnachweises in der Arbeitslosenversicherung

London, 18. April (Eigener Drahtbericht) Der Generalkonferenz der Gewerkschaften legte der Kommission, die eine neue Gesetzgebung für die Arbeitslosenversicherung ausarbeiten soll, ein Memorandum vor, in dem scharf gegen die Anwendung des Bedürftigkeitsnachweises bei der Arbeitslosenversicherung protestiert wird.

Ist die Landwirtschaft unter allen Umständen unrentabel?

Nach der 24. Veröffentlichung des Deutschen Landwirtschaftsarates betrug nach den Buchführungsergebnissen der Betriebe selbst im Wirtschaftsjahre 1928/1929 der durchschnittliche Reinertrag schlechter Güterbetriebe bei zeitgemäßer Bewirtschaftung etwa 80 Mark für jeden Hektar, also 20 Mark auf einen Morgen.

Selbstverständlich ist hierbei Mehreres zu berücksichtigen, und es wird gut sein, aus den angegebenen Zahlen die entsprechenden Lehren zu ziehen. Die Betriebe, die vermöge ihrer Buchführung vom Deutschen Landwirtschaftsarate erfasst werden konnten, gehören zu den fortschrittlichen, deren Betriebsleiter eine sorgfältige Kontrolle nicht zu fürchten haben und sich wohl auch nicht ausschließlich mit Politik befassen.

Eine Illustration dafür, daß die eingangs für 1928/29 angegebenen Ertragszahlen auch für das letzte Wirtschaftsjahr noch Geltung haben, bildet übrigens der hohen veröffentlichte Bericht eines landwirtschaftlichen Großbetriebes im Kreise Breslau, der Jüterfoder Rietendorf.

Großes Lamento des Deutschen Bäckerverbandes

Auch der Allgemeine Deutsche Bäckerverband jammert über die sozialen Lasten, zugleich aber fordert er Unterstützung durch die Öffentlichkeit. Er will die Bäckerbetriebe konservieren haben, um die Konkurrenz zu erschweren.

Der Kassier des J. G. Farbendruckers, der am Sonnabend in Frankfurt a. M. sagte, sagte die Dividende für das vergangene Jahr auf 7 Prozent (im Vorjahr 12 Prozent) fest.

In den Vereinigten Staaten ist vom Präsident Hoover zur Verringerung der Arbeitslosigkeit die allgemeine Einführung der fünfjährigen vorgeschlagen worden.

Der Kassier des J. G. Farbendruckers, der am Sonnabend in Frankfurt a. M. sagte, sagte die Dividende für das vergangene Jahr auf 7 Prozent (im Vorjahr 12 Prozent) fest.

In der Kommission der Internationalen Arbeitslosenverbände hat am 19. April (Eigener Drahtbericht) in der Sitzung der Internationalen Arbeitslosenverbände in London, 18. April (Eigener Drahtbericht) über die Einführung des Bedürftigkeitsnachweises bei der Arbeitslosenversicherung beraten.

Der Kassier des J. G. Farbendruckers, der am Sonnabend in Frankfurt a. M. sagte, sagte die Dividende für das vergangene Jahr auf 7 Prozent (im Vorjahr 12 Prozent) fest.

In der Kommission der Internationalen Arbeitslosenverbände hat am 19. April (Eigener Drahtbericht) in der Sitzung der Internationalen Arbeitslosenverbände in London, 18. April (Eigener Drahtbericht) über die Einführung des Bedürftigkeitsnachweises bei der Arbeitslosenversicherung beraten.